

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend in den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Verlagsdruckerei: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stammteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 10

Donnerstag, den 23. Januar 1930

43. Jahrgang

Der letzte Tag im Haag.

Einmütige Annahme des Schlußprotokolls.

V. Haag, 21. Januar.

Der Ausschuss für die deutsche Reparationsfrage, in dem 13 Mächte vertreten sind, hat nochmals eine kurze Sitzung abgehalten, in der das seit dem 17. d. M. beschlossene Gesamtprotokoll der Haager Abmachungen mit den Anlagen einmütig genehmigt wurde.

In der Sitzung machten jedoch die Vertreter der Tschechoslowakei und Portugals von neuem ihre bereits von deutscher Seite mehrfach abgelehnten Forderungen geltend. Der tschechoslowakische Außenminister Beneš verlangte wiederum, daß Deutschland auf alle seine Forderungen aus der Ausübung privater deutschen Eigentums in der Tschechoslowakei verzichten solle. Dr. Curtius lehnte diese Forderung in einer kurzen Erklärung ab. Ferner verlangte der Vertreter Portugals eine Sonderbeteiligung an der deutschen Reparationszahlung über die bereits bestehenden Abmachungen hinaus. Auch diese Forderung wurde von deutscher Seite abgelehnt.

Der Vertreter Italiens, Birelli, erklärte, daß die italienische Regierung das Schlußprotokoll gleichfalls unterschreiben werde. Die Sitzung wurde jedoch mit der einmütigen Annahme des Haager Schlußprotokolls geschlossen.

Die Regelung der ungarischen Schuld.

Die endlich anlaute getommene Regelung der ungarischen Zahlungen zeigt a) ein Teil, daß Ungarn keine un- eingezahlte Zinsrückstände zurückhält. Ferner soll Ungarn bis zum Jahre 1943 zehn Millionen Goldtröden jährlich und von 1943 bis 1966 13 1/2 Millionen Goldtröden jährlich zahlen. Der Gegenwert, der von 1943 bis 1966 zu zahlenden Beträge in Höhe von 87 Millionen Goldtröden wird von der FZJ sofort gutgeschrieben und für Entschädigungszahlungen verwendet.

Weiter werden zwei Fonds geschaffen:

a) ein Betrag von 240 Millionen Goldtröden für die Entschädigung der Enteignungen aus der Agrarreform der kleinen Ententearten, b) ein Fonds von 100 Millionen Goldtröden für die gesamten übrigen ungarischen Zahlungen. Beide Fonds werden ausschließlich von den Gläubigermächten aufgebracht. Die von der kleinen Entente bisher betrieblene Zahlungsfrist für die im Trianon-Vertrag geschaffenen genossenschaftlichen Schuldverschreibungen wird voll anerkannt.

In der österreichischen Reparationsfrage ist eine Einigung in der Weise erzielt worden, daß Österreich nach dem Jahre 1943 als Erhöhung seiner Leistungszahlungen eine jährliche Zahlung von etwa 500 000 Goldtröden oder insgesamt 23 Millionen Goldtröden zu leisten hat. Dagegen erhält Österreich die Aufhebung des Währungsrechts, so daß seine Kreditfähigkeit wiederhergestellt wird und der Weg zu der lang ersehnten Investitionsanleihe offen ist.

In der bulgarischen Frage sind noch Schwierigkeiten wegen des liquidierten Eigentums in der Dobrußa mit Rumänien zu beseitigen.

Schlußakt im Haag.

Curtius unterzeichnet zuerst.

V. Haag, 21. Januar.

Die öffentliche Schlußsitzung der zweiten Haager Konferenz hat gestern abend um 5.30 Uhr begonnen.

Kurz vor 5.30 Uhr füllte sich der große Saal des niederländischen Abgeordnetenhouses. Die Abordnungen nahmen, wie in der ersten Sitzung, an dem vierdritten, mit grünem Tuch ausgeschlagenen Tisch Platz. An den Tischen der Vertreter der Mächte saßen jedoch viele bekannte Persönlichkeiten, Tardieu und Briand sind bereits abgereist.

Die deutsche Abordnung ist vollständig anwesend. Die Diplomatenlogen und die Pressetribünen sind wie bei der ersten Vollziehung bis auf den letzten Platz gefüllt.

Die Schlußsitzung gilt in erster Linie der Unterzeichnung des gesamten Haager Vertragswerkes und der zahllosen Einzelabkommen, die die Gläubigermächte unter sich sowie die Gläubigermächte mit den Schuldnerstaaten abgeschlossen haben.

Das gesamte Vertragswerk umfaßt 119 Seiten. Es wird erst in einigen Tagen in der amtlichen deutschen Fassung in Berlin veröffentlicht werden. Präsident Jasar hat in der Mitte des Tages Platz genommen. Zu seiner Rechten sitzen der belgische Außenminister Bonmans, dann Cheron und Stonden, auf der linken Seite die deutsche Abordnung mit den vier Reichsministern. Präsident Jasar eröffnet die Sitzung mit der Verlesung des Schlußaktes der zweiten Haager Konferenz, in dem die einzelnen Abkommen der Reihe nach aufgeführt werden und eine geschlossene Rede folgt über das Zustandekommen des Haager Werkes gegeben wird. Darauf fordert der Präsident die Delegierten auf, das Abkommen zu unterschreiben.

Finanzlage und neuer Plan.

Das Defizit im laufenden Berlin, 22. Januar.

Nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers Moldenhauer aus dem Haag werden die Maßnahmen zur Aufstil-

lung des Nachtragsplans für 1929 und des Etats für das Jahr 1930 mit größter Beschleunigung weitergeführt. Ein einmal aufgeschaffter Plan, vorerst einen Monat vom Nachschlag geschont zu werden, wird nicht durchgeführt werden, sondern im Interesse einer finanziellen Klarheit legt der Reichsfinanzminister auf die Vorlage eines wahrheitsgetreuen Nachtragsplans für 1929 und eines Etats für 1930 den größten Wert.

Nach dem Wunsch der Haager Konferenz wird sich nunmehr auch ergeben lassen, welche Einmütigkeit der neue Plan den Reichsfinanzämtern bis zum April 1930 bringt. Diese Einmütigkeit waren in einem früheren Zeitraum auf 46,4 Millionen Mark ohne die Antriebsbelastung beschränkt worden. Es wird nunmehr zu entscheiden sein, wie die Einmütigkeit und wie die Bestimmungen des neuen Gesetzes über den Tilgungsfonds dem Reichsfinanzamt eingeleitet werden. Reichsfinanzminister Moldenhauer wird in Verbindung mit diesen Arbeiten vor allem aber an die Konsolidierung der schwebenden Schuld gehen. Die Ueberwindung des Märzaltimos wird die Reichsstaatskasse zwar erneut vor schwierige Aufgaben stellen, wenn man bedenkt, daß der Ultimobezug Ende Dezember über aber als unter 1700 Millionen Mark gelegen hat. Da sich auch im Hinblick auf die Schwebenleihe keine Schwierigkeiten mehr ergeben haben, so wird in unterrichteten Kreisen angenommen, daß es gelingen wird, den Ultimobezug für Ende März kurzfristig zu überbrücken.

Die Berechnungen der nächsten Wochen werden aber vor allem das Ziel haben müssen, das Defizit für das laufende Haushaltsjahr einwandfrei festzustellen. Im Augenblick läßt sich dieses Defizit nach nicht völlig übersehen. An Mindereinnahmen sind rund 200 Millionen genannt worden. Die ordentlichen Mehrausgaben wurden in Höhe von 250 Millionen genannt. Die außerordentlichen Mehrausgaben, vor allem die Darlehen für die Arbeitslosenversicherung, wurden auf 200 Millionen Mark bestimmt. Diese Rechnung wird von anderer Seite als optimistisch bezeichnet, und es wird ein Restbetrag von 500 Millionen Mark für 1929 genannt.

Die Schwierigkeiten für die Gläubigermächte im Jahre 1930/31 liegen aus darin, weil mit den Einnahmen von 1929/30 nicht ohne weiteres rechnen werden kann. Im kommenden Rechnungsjahr werden zweifellos Jurisdiktionsverfahren, Einkommen- und Körperschaftsteuererhöhungen eintreten, und es wird ein schwieriger Situation und die Größe der Aufgabe, die der neue Reichsfinanzminister jetzt nach seiner Rückkehr aus dem Haag zu überwinden haben wird.

Eine gebarnichte Rede Dr. Helld's.

+ Regensburg, 21. Januar.

In einer Verammlung der Bayerischen Volkspartei nahm der bayerische Ministerpräsident Dr. Helld, u. a. zu den Haager Verhandlungen Stellung. Er billigte den deutschen Unterhandlungen zu, daß sie alles getan hätten, was möglich gewesen sei.

Unverkennlich ist es aber, daß man nicht vernachlässigt habe, mit Dr. Schacht eine Verständigung herbeizuführen. Der Entschluß, den man mit den Verhandlungen unternommen hat, erscheint unglücklich, daß Deutschland ein Jahr nach dem Friedensschluß eine solche Bestimmung annehmen könne. Betrefflich ist auch die Mobilisierung unserer Schuldverpflichtungen durch die Alliierten. Im Augenblick könne man die Lage allerdings noch nicht völlig überblicken, so daß man zunächst mit einem Embargo zurückhalten müsse. Es befürchten aber zweifellos die allernächste Bedrohung gegen den Währungsplan, der er jetzt aus dem Haag zurückgebracht werde. Die Jahreszahlungen seien nach dem Urteil von Sachverständigen nicht aufzubringen. Dazu kämen noch eine Reihe neuer Verpflichtungen. Es befürchte die Gefahr, daß in einem deutschen Revisionsverfahren die Pflicht der „Zerlegung“ des Vertrags erfüllt werde und neue Sanctionen herbeigeführt werden könnten. Allerdings müsse man sich immer wieder fragen: Was dann, wenn der Währungsplan nicht angenommen werde, nachdem doch schließlich, daß der Währungsplan nicht mehr erträglich sei?

Auch die Befürworter des Volksbegehrens hätten darauf keine Antwort gewußt. Der Redner wandte sich dann gegen die Gerüchte von einer bevorstehenden Inflation. Diese Behauptungen könnten nicht länger genug zurückgelassen werden, denn unter Währungsplan ist keine Gefahr, wenn das deutsche Volk sich nicht selbst aufbeugt.

... und was die deutsche Delegation dazu sagt.

Die Regensburger Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Seid ist an nachstehenden Stellen der deutschen Abordnung mit großem Interesse aufgenommen worden. Man erklärt, es sei unverkennlich, aus welchem Grunde der bayerische Ministerpräsident sich veranlaßt gesehen habe, vor der Rückkehr der deutschen Abordnung und vor Veröffentlichung des gesamten amtlichen Materials über die Ergebnisse der Haager Konferenz seine Stellungnahme vorzutragen. Es wird weiter bemerkt, daß eine solche Sanktion nur den Eindruck unpopulärer Zerrissenheit Deutschlands hervorzurufen könnte. Die Rede wird besonders beachtet, weil sie von dem Exponenten der Politik des zweigeteilten Staates im Deutschen Reich gehalten worden ist, was naturgemäß das Aufsehen noch erhöhen muß.

Die Welt blickt nach London.

Die Anrede des Königs. — Die Rede der Hauptvertreter.

London, 22. Januar.

In der königlichen Galerie des englischen Oberhauses, dem hinter dem Sitzungssaal des Oberhauses gelegenen großen Raum, der in den beiden Häusern des englischen Parlaments entsteht, ist, wurde die Flottenabstimmung heute eröffnet. In dieser ersten öffentlichen Anrede, die über alle Sender der Welt verbreitet wurde, jagte König Georg V. etwa folgendes:

Er begrüßte die Vertreter der in London zusammengetretenen fünf Hauptmächte, die von dem Wunsch befehle seien, eine Einigung über die Flottenabstimmung herbeizuführen. Jedes Land ist stolz auf seine Flotte, und jedes Land habe in dieser Hinsicht seine Tradition. Es liege weder an dieser Tradition noch an den Flotten selbst, daß der Wettbewerb im Flottenbau bisher nicht aufgehoben worden ist. Allgemeine Unzufriedenheit ist hierdurch in der ganzen Welt entstanden. Seit Beginn des Weltkrieges haben die Länder zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts unvermeidlich bleiben dürfe, um eine Wiederholung eines so schrecklichen Ereignisses, wie es der Weltkrieg gewesen sei, zu verhindern. Eine der bedeutendsten Aufgaben bei diesen Verhandlungen sei die Beschränkung der Flottenrüstungen. Die Vereinbarungen der Flottenrüstungen sei allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Währungs- und Konferenz haben hinsichtlich der Schlußsitzung gewisse Erfolge gehabt. Nun aber sei man übereingekommen, in selbstiger Weise eine Gesamtflottenabstimmung herbeizuführen. Im Interesse des Fortschrittes der Zivilisation müßten alle Flottenmächte sich für allgemein festgelegte Bestimmungen über die Flottenrüstung verständigen. Die Welt hat die Londoner Flottenkonferenz nicht ohne Interesse gesehen, die sie auf die Konferenz vertretenen Länder angeht, sondern eine Sache, an der die ganze Menschheit allergrößtes Interesse habe. Die Welt müsse von den ihm neuen Seiten der Flottenrüstung herbeizuführen.

Der König schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung und Zuversicht, daß die Konferenz zu einem glänzenden Erfolg bzw. zur allgemeinen Abklärung führen werde. Hierauf sprach

der französische Ministerpräsident Lardieu

der darauf hinwies, daß angeht der immer noch die Welt bedrohenden Kriegsgefahren alle Völker entschlossen seien, eine Wiederholung der letzten großen Tragödie zu verhindern. Bei den bevorstehenden Arbeiten dürfe man sich nicht von Sonderinteressen leiten lassen, obwohl den nationalen Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson

erhob sich hierauf, um den englischen Ministerpräsidenten Macdonald für den Vollen des Fortschrittes der Konferenz vorzutragen. Das Land, das der Konferenz die Gastfreundschaft gewährte, müsse den Vorkommenden helfen. Ministerpräsident Lardieu schloß sich mit dem Ausdruck des Dankes für die Herkunftsreden und für England diesem Vorschlag an. Nach kurzen Dankworten für die Wahl zum Vorkommenden führte

Ramsay Macdonald

aus, er werde sein bestes tun, um die Arbeiten so unparteiisch wie möglich zu überwachen. Für die erste öffentliche Rede gewähre, müsse der König den Saal und die Gläubigermächte der Konferenz aus. Der Wettbewerb in den Rüstungen müsse unter allen Umständen aufhören, da die Welt sonst niemals zum Frieden kommen würde. Mangel an Vertrauen und der Geist des Zweifels seien die Gründe, warum man bisher noch nicht weitergekommen sei.

Schiedsgerichtsbarkeit allein tue es nicht. Er könne sich vorstellen, daß man in dieser Beziehung eines Tages den totalen Frieden erreicht haben werde. Man müsse sich deshalb auf irgendeine Weise über irgendeine Methode der Sicherung des Friedens einigen. Nicht nur sollten die Rüstungen vermindert werden, sondern auch der allgemeine Friede müsse durch die Arbeiten der Konferenz gestiftet werden. Wenn man nicht sehr sorgfältig vorgehe, würde man eines Tages einem ähnlichen Ereignis gegenüberstehen wie vor fünfzig Jahren. Die Arbeiten der Konferenz müßten im wesentlichen unter zwei Gesichtspunkten berücksichtigt werden:

1. Die Beschränkung der Rüstungen der verschiedenen Länder, so z. B. in geographischer Hinsicht.
2. Obgleich die Rüstungen nicht in verschiedenen Klassen eingeteilt werden könnten, müsse dennoch jede Wappengattung in gewisser Beziehung zur anderen Wappengattung

Wenn man sich jetzt über die Flottenabstimmung einig, dann werde in einigen Jahren auch die Einigung über die anderen Wappengattungen folgen. Für England sei die Flotte kein Luxus.

Staatssekretär Stimson

begrüßte zunächst den in den Vorreden zum Ausdruck gekommenen Idealismus. Das, was auf der jetzigen Konferenz beschlossen würde, sei unter keinen Umständen als endgültiges Ergebnis anzusehen. Amerika sei in der Hauptsache an der Abklärung der Flotten interessiert, es verfolge jedoch nicht, daß von der Abklärung der Flotten auch die Abklärung der Land- und Luftstreitkräfte abhängt. Die

Welt erwartet, daß die Konferenz im Interesse des Friedens
Erfolge haben werde. Hierauf erging sich einmal

Tarbien

das Wort, der auf die Schwierigkeiten der Lösung der Frage
der Plattenkonferenz hinwies. Mit Freude habe die
Erfüllung Macdonalds übernommen, daß eine Einigung
der Plattenkonferenz nur im Verhältnis zu den Be-
dürfnissen der einzelnen Länder möglich sei. Diese Bedürf-
nisse der Länder ergäben sich aus der geographischen, histo-
rischen, kolonialen usw. Lage der einzelnen Mächte. Eine
Einigung sei nur möglich, wenn man berücksichtige, daß
Wichtigkeiten für den Frieden der Welt bestehen müßten.
Wohin sprachen der italienische Hauptvertreter,
Mussolini und der spanische Vertreter,
Miquelini und Grandi.

Die italienische Abordnung werde alles tun, um den anderen
Abordnungen hinsichtlich des Abzurücknehmens nicht
nachzusehen. Die italienische Regierung unter Mussolini
habe ein großes Arbeitsprogramm aufgestellt. Hierzu
brauche Italien auf lange Zeit hinaus den Frieden. Italien
wünsche deshalb auch den Weltfrieden. Das Geld, das
durch die Abzurücknahme werden würde, sollte beideren
Zwecken zugeführt werden.

Der japanische Hauptvertreter Matsumoto sprach also-
dann von den pazifistischen Bestrebungen Japans. Es sprachen
noch nachher der Vertreter Australiens, Kanadas,
Sri-Lankas, Neuseelands, Südafrikas und Indiens, die
ebenfalls ihre Wünsche für die Sicherung des Weltfriedens
zum Ausdruck brachten.

Gehen wir nach London?

Nachträgliche Beteiligung Deutschlands.

Der Berliner Vertreter des „Oblever“ berichtet in
seinem Blatt, in politischen Kreisen Berlins verlautet, daß
von der deutschen Regierung hinsichtlich einer späteren Be-
teiligung an der Plattenabstimmungskonferenz Nichts aus-
gesagt werden. Dabei denkt man natürlich nicht an die
Teilnahme als „vollwertiges Mitglied“, da Deutschland
nicht Unterzeichner der Washingtoner Verträge sei. Im
Sinne aber die Bedeutung der deutschen Handelsmarine
(?) sei aber die Frage vor einiger Zeit bereits in Amerika
angeführt worden. Holland und die skandinavischen
Länder würden sich in diesem Falle gleichfalls beteiligen.

Wenn derartige Bestrebungen in Berlin wirklich be-
stehen sollten, so haben sie sich ebenfalls nicht auf
irgendwelchen deutschen Schritten verbergt. Es ist auch
nicht leicht einzusehen, was Deutschland durch eine Betei-
ligung gewinnen könnte. Das Hauptbeweisstück des
Nichtinteressierens der Washingtoner Verträge sei. Im
Sinne aber die Bedeutung der deutschen Handelsmarine
(?) sei aber die Frage vor einiger Zeit bereits in Amerika
angeführt worden. Holland und die skandinavischen
Länder würden sich in diesem Falle gleichfalls beteiligen.

Kein Loch mehr im Westen.

Die Beteiligung der französischen Oligarchie.

Zu den Beteiligungen an der französischen Oligarchie,
für die in der französischen Kammer rund 3,5 Milliarden
Franken bewilligt worden sind, werden jetzt weitere Mit-
teilungen gemacht.

Die Beteiligungsarbeiten zerfallen in zwei Gruppen:
in eine leitende Gruppe, die sich an den ehemaligen
deutschen Schiffsbauern stützt, und eine Gruppe,
die sich an den ehemaligen französischen Schiffsbauern
stützt. Die leitende Gruppe ist in eine leitende Gruppe
und eine Gruppe, die sich an den ehemaligen deutschen
Schiffsbauern stützt. Die leitende Gruppe ist in eine leitende
Gruppe und eine Gruppe, die sich an den ehemaligen
deutschen Schiffsbauern stützt.

Auf diese Weise soll längs der gesamten französischen
Oligarchie eine zusammenhängende Kette von Beteiligungen
entstehen, die es Frankreich ermöglicht, jeden feindlichen
Eindruck zurückzuweisen und die im Osten Frankreichs
bestehenden lebenswichtigen Industriezentren zu sichern.
Mit dem Ausbau dieses gigantischen Konzerns ist in Ostfrankreich
bereits begonnen worden.

Wieder passiver Außenhandel!

Im abgelaufenen Jahre mit 720,3 Millionen.

Der deutsche Außenhandel weist im Dezember nach den
Berechnungen des Statistischen Reichsamtes im reinen
Warenverkehr einen Ausfuhrüberschuß von 50,9 Millionen
Mark auf. Da jedoch unter der Ausfuhr die Reparations-
schuldenlieferungen für die ein Gegenwert liefern nicht be-
rechnet sind, so ist der Ausfuhrüberschuß nicht der
eigentliche, sondern der scheinbare. Er beträgt sich
auf 69 Millionen Mark, gegenüber einem Ausfuhrüberschuß
von 66,1 Millionen Mark im Vormonat. Die Ausfuhr ist
im Dezember um 90,6 Millionen Mark auf
1068 Millionen Mark zurückgegangen, und die Einfuhr um
147,9 Millionen Mark auf 1018,1 Millionen Mark. Für
den Rückgang der Einfuhr ist die Abnahme des Bezugs an
Rohstoffen und halbfertigen Waren mit 124,7 Millionen
Mark ausschlaggebend. Der Rückgang der Ausfuhr ist ganz
überwiegend die Folge eines verminderten Auslandsab-
satzes von Fertigwaren, deren Ausfuhr um 75,3 Millionen
Mark gegenüber dem Vormonat abgenommen hat.

Für das ganze Jahr 1929 schließt der deutsche Außen-
handel nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes
mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 47,6 Millionen
Mark ab. Die Gesamtausfuhr des Jahres 1929 betrug
13 482,2 Millionen Mark, deren eine Einfuhr von 13 434,6

Millionen Mark gegenüberliegt. Da in den Ausfuhrziffern
70,1 Millionen Mark Reparationsleistungen enthalten
sind, ergibt sich demnach für das ganze Jahr 1929 ein Netto-
überschuß von 75,5 Millionen Mark, der sich jedoch durch spätere
Korrekturen um 31,2 Millionen Mark vermindern wird.

Aus dem In- und Auslande.

Carinus hält den Reichspräsidenten Vortrag.

Berlin, 22. Januar. Der Reichspräsident des Auswärtigen,
Dr. Carinus, begann sich in Begleitung des Reichsleiters Müller
zum Reichspräsidenten, um ihm über den Verlauf und das
Ergebnis der Haager Schiffslootens-Verhandlungen zu berichten.

Einberufung des Zentralverbandes der Deutschen Volkspartei beantragt.

Halle, 21. Jan. Der Vorstand des Ostvereins Halle der
Deutschen Volkspartei beantragt die allabgige Einberufung des
Zentralverbandes der DVV, und zwar noch vor dem 31. Januar.
Er fordert, daß der Zentralverband der DVV, sich alsbald mit
der politischen Lage befaßt und in Durchführung seines Beschlusses
vom 26. Februar 1929 prüft, unter welchen Voraussetzungen allen-
falls eine weitere Mitarbeit unter dem Reich und in Preußen
erlaubt wird. Es wird angedeutet, daß der Minister Dr. Carinus
und Prof. Dr. Mohlenberg sich nicht einig seien, auf der
Grundlage des Pomplandes zu einer gerichten Klärung des
Weltfriedes zu kommen. Die bisher bekannt gewordenen Ergeb-
nisse der Haager Schiffslootens-Verhandlungen sind unbefriedigend.
In der inneren Politik wird in einzelnen der Kampf der sozial-
demokratischen Partei gegen den Reichspräsidenten Schacht, den
Führer der deutschen Währung, genannt, weiter der offene Vorwurf
der kommunistischen Verführung und der durch die Inflation des
DVV, Ministers Hilferding hervorgerufene Finanzunruhen.
Anschließend dieser Lage müsse die Weiterführung der bisherigen
Regierungspolitik für das deutsche Volk verhängnisvoll werden.

Kein tschechoslowakisches Getreideeinfluß-Monopol.

Prag, 22. Januar. Der Plan, die tschechoslowakische Land-
wirtschaftliche durch ein Getreideeinflußmonopol zu lösen,
ist in den Beratungen auf die große Schwierigkeit gestoßen und die
Besonderheiten gegen den tschechoslowakischen Antrag sind lo-
genmäßig, daß man in nachgebenden politischen Kreisen nicht mehr mit der
Vernichtung des geplanten Getreideeinflußmonopols
einverstanden ist. Ein Erfolg ist jedoch bis heute nicht gefunden worden,
da die Sozialdemokraten gegenüber den Anträgen der Agrar-
parteien, die in einer umfangreichen parlamentarischen Arbeit für
agrarische Ereignisse stehen, äußerst zurückhaltend sind.

Wegheil im Vorfuß der russischen Handelsflotte.

Moskau, 22. Januar. Der Vorhieb der russischen Handels-
flotte, Soff, ist zurückgefallen. Er war früher in der Ostsee
der baltischen Schiffsflotte, mußte aber diesen Vortzen wegen
seiner Zugehörigkeit zur Traktat-Disposition aufgeben. Im Jahre
1927 verließ sich Soff wieder mit der Partei und erhielt den
Posten als Vorkapitän der Handelsflotte der Komintern. Zum
Nachfolger Soffs wird der ehemalige Oberbefehlshaber der Roten
Armee im Moskauer Militärbezirk, Kutschin, ernannt worden.

Das unruhige spanische Offizierskorps.

Madrid, 22. Januar. Außer der Verhaftung höherer Offi-
ziere in Segovia sollen ein spanischer Oberleutnant, zwei Artillerie-
hauptleute und zwei bürgerliche Verwandte der Artillerie
offiziere von Madrid nach Suva geschickt worden sein, wo sie
für die Bekämpfung der Militärrevolte stehen müssen. Wie ver-
lautet, sind Maßnahmen dieser Offiziere aufgedeckt worden,
die eine militärische Aufstandsbewegung vorbereitet hätten.

Ein neues Außenpolitiksgesetz in China.

Peking, 22. Januar. Die chinesische Regierung erwägt ein
Gesetz über die Rechte der in China lebenden Personen, das,
falls es zur Annahme kommt, von einschneidender Bedeutung für
das Land ist. Vorgelesen ist, daß alle Personen, unabhängig
davon, welcher Rasse und Religion sie angehören, die gleichen
Rechte genießen sollen. Dieses Gesetz ist die Sicherung des
Rechtsbewusstseins und die Unabhängigkeit des Rechts gegenüber
Durchführungen sowie die Freiheit der Presse vor.

Kleine politische Meldungen.

Annahmen der Arbeitslosigkeit in Oesterreich. Nach einer
amtlichen Statistik der Arbeitslosigkeit in Oesterreich vom 31. Januar
die Zahl der unterjährligen Arbeitslosen 254 637, das sind nach
28 100 Personen mehr als bei der letzten Zählung am 31. De-
zember 1928.

Der Reichstagsbildung in Portugal. Nach einer Meldung
aus Lissabon hat der von dem Präsidenten der Republik mit der
Neubildung des Kabinetts beauftragte Colonel Salazar
seinem Auftrag zurückgegeben. Der Präsident hat daraufhin
General Domingos Pinheiro mit der Neubildung beauftragt.

Bekämpfungsgesetz gegen den ehemaligen japanischen Verkehrs-
minister. Der ehemalige japanische Verkehrsminister Ogawa, der
sich passiver Beziehung schuldig gemacht hat, wurde nach wiede-
holender daß gegen eine Anklage von einer Million Yen aus
der Haft entlassen.

Aus der Umgegend

Melna, 23. Januar.

21. Januar. Der Verfassungskonferenz.

Der Verfassungskonferenz und die Arbeitslosen sind
aufgefallen, baldwichtige Punkte zur Verhandlung stehen. Die Arbeiter-
partei beantragt, Punkt 8 der Tagesordnung, die Befristung
über den Antrag des Arbeitslosenverbands auf Bewilligung von
einmaligen Beihilfen, an dritte Stelle zu setzen, wird als unbegründet
abgelehnt. Bei der Abstimmung wurde Nennmeister May mit 8 gegen
5 Stimmen bei einer Enthaltung zum Vorsteher wiedergewählt.
Zum Stellvertreter wurde Glasermeister Wolf mit 7 gegen 6 bei
7 Enthaltungen und zum Stellvertreter Schlofermeister Wollgast
mit 6 bei 8 Enthaltungen gewählt. Wie oben die Wahl an
Am 27. Dezember 1929 fand eine Konferenz statt. Die Klassen
wurden in Ordnung gefunden. An der Verammlung des Provinzials-
Schiffsbauersbundes am 17. Dezember 1929 in Halle nahm
Wentler Martin teil. Er gab einen kurzen Bericht über die Lage.
Die Sagen des neu gebildeten Bundes werden durch Fiskuslar
bekanntgegeben. In das Amtorium der Volkspartei werden
Wentler Martin und Wollgast gewählt. Die neue Be-
auftragungsenergie, welche diese Verhältnisse bringt, wird
einmütig angenommen. Von dem neu erschienenen Werk „Ge-
schichte der Stadt und des Schloßes Melna“ kauft die Stadt
2 Exemplare für die Volkshochschule und eins für die Schule. Die
sich nötig machende Nachschaffung von Staatsüberschreitungen
wird einmütig beschlossen. Gesteht geschlossen stimmte die Ver-
sammlung für die Befristung von Reparaturarbeiten in der Bade-
anlage und Neubau eines neuen Planschloßes für die Kleinen.
Der am 27. Dezember 1929 eingereichte Antrag des Arbeitslosen-

ausschusses wurde vom Magistrat abgelehnt, da keine Deduktion für
die Ausgaben vorhanden ist und solche Ausgaben sofort von der
Regierung beantragt werden. Begründete Eingaben sollen
dann eingehend geprüft werden. Die Verammlung schloß sich
mit 8 gegen 6 Stimmen dem Magistratsbeschlusse an. Im gleichen
Verhältnis wurde der Antrag der Arbeitervereine, ein Mittel
des Erwerbslosenvereins zu lassen, abgewiesen. Ein-
mütig bewilligte man bei neuem Wandel für die Schule. Ein
Antrag der Arbeitervereine, die Punkte der geschlossenen Sitzung
öffentlich zu verhandeln, wurde abgelehnt.

— **Vom Bürgerverein.** Das kommunale Interesse der
Melner Bürgerheit mag durch die Wirtschaftslage in unserm
Gebiet geboten sein. Der rege Besuch der St. Hubertusvereine
Sammlungen in letzter Zeit fesselt der Bürgerheit sehr, wie einzig
in allen Kreisen kommunalpolitisch gesehen wird, und die letzte, aus-
scheidungsgewaltige Sammlungsbesuchung des Bürgervereins befaßt die
Zustände aus. Bei den Beratungen des Vereins zeigte es sich,
daß Einmütigkeit in der Bürgerheit darüber besteht, daß eine Ver-
besserung des Bewegens den Verkehr zu heben geeignet ist und auch
in vielen anderen Punkten möchte der Verein mit Anträgen dem
Stadtparlament dienen. Die ohne jegliche Parteilichkeit stattfindenden
Beratungen bringen hier gewiß brauchbare Vorarbeiten für so
manches Projekt zutage, als dies unter dem Einfluß des Parteistand-
punktes möglich ist, und diesher ist der Bürgerverein kaum zu ent-
behren. Der bisherige Vorstand, der sich das Vertrauen der Mit-
glieder erworben hat, wurde durch Zutritt wiedergewählt; sämtliche
Ämter nahmen die Wahl an.

— **Vom Rundfunk.** Der im Bau begriffene neue Rund-
funksender Melna wird voraussichtlich Ende März in Betrieb
genommen werden können. Entgegen anders lautenden Nachrichten
wird behauptet, daß nicht ein schon benutzter, sondern ein vollkommen
neuer, nach dem neuesten Stand der Technik gebauter Hörsender
der Firma Lorenz zur Aufstellung gelangt.

— **Beteiligung von Tarkobauern.** Im amtlichen
Berichtsblatt werden die Tierhaltung auf die genaue Erfas-
sung der für den Kreis Ouerant unter dem 15. 4. 1929 er-
stellten Polizeibericht betr. die Anmeldung und Ablieferung
der Rabaker an die unabhängigen Abdecker erneut hingewiesen.
Bei Unterbrechung dieser Berichterstattung wird die Anwendung der
Strafbestimmungen unanfechtlich zur Anwendung gebracht werden.

— **Deutscher Reichspostkongress 1930.** Der Deutsche
Reichspostkongress, der im Vorjahre zum ersten Male die
Reihe der Kongresse vortrefflich durchgeführt hat, wird
diesmal wieder glücklich. Im letzten reichsweiten Wä-
tern gibt er ein interessantes Bild von der Reichspost der
Welt. Der noch nicht Gelegenheit hatte, in deren Betrieb
hineinzugucken, wird in vieler Hinsicht überrascht sein, was
diese Behörde alles leistet und in welcher vorbildlicher Weise
sie sich den Bedürfnissen des Publikums anpaßt. Auch dies-
mal wird einleuchtend die Geschlossenheit der Reichspost
zu erkennen sein.

— **Reichte Wohnungen.** Ein einfaches Miets-
zu erfahren, als eine annehmendste letzte Wohnung für den
Menschen ohne Notwendigkeit für seine Gesundheit notwendig ist,
besteht darin, daß das zum Zimmer sehr vergrößert und
daran eine genau abgewogene Menge frisch gebackenen Kaffee
aufgefällt. Nach 24 Stunden wiegt man den Kaffee wieder;
beträgt die Gewichtszunahme mehr als ein Prozent, so sind
die Räume wegen der zu großen Feuchtigkeit der Luft für
die Gesundheit der Bewohner schädlich und dürfen nicht
benutzt werden. Sie müssen durch Luft und Luftstellen
von Koffein ausgetrocknet werden.

— **Rohstoffe.** Eine Senkung auf unteren Stand so sollen Preis-
von heute mittig zu beobachten. Ein prunkvolles Verkehrs-
auto mit angehängtem Anhang für die Begleitung fünf großer Preis-
besten und die mitgelommene Befragung begann folglich mit der
Bedienung des Wagens der vor ca. sechs Jahren verstorbenen und hier
beerdigten Ehefrau des jetzt in Berlin bei seinen Kindern im Aus-
lande lebenden Plagenerers Otto. Auf Wunsch der Anher soll
die herrliche Stelle der Frau nach Berlin überführt werden und
dort neben einer vor kurzem durch einen Unfallfall vom Leben
entkommenen Tochter eine letzte Ruhestätte finden. Hunderte von
Kongressisten waren bei der Ausgrabung des Sarges zugegen und
wie vermutet, daß mancher mittags heimkehrende Cotte sein Mit-
gehen erhalten haben wird.

— **Eine Landplage.** Allgemeiner und verwandtes Gefühl
schließen mit Vorliebe unsere Gedächtnisse. Am Sonntag
gaben sich ansehend mehrere Vereinsfarne am Reich ein
Stadtfest. Nachdem sie in einzelnen Trupps, 2-3 Bäre und
einige Affen mit sich führend, die Ostfluten im größeren Umfange
betreten durdzeugen, fand sich die Gesellschaft auf den Weiden
am Kanal, auf Wollschier Platz, wieder zusammen und nächtigte
dort in ihrem aufgelagerten Lager. Von den frei herumlaufenden
Ferkeln fiel eines in den Kanal und land den Tod durch Ertrinken.
Am Montag führten die Wollschier Polizeigarde das harmonische
Treffen der Jurasisten, sie suchte nach ihrem Führer, der scheinlich
verloren war. Dieser war aber nicht aufzufinden. Sodann ver-
hinderte die Polizei die Bewegung des erkrankten Ferkels, dessen
Kadaver ein Verbleiben für die hungrigen Bären werden sollte.

Das ferg- und zentralste Treiben der wachsenden wettbewer-
„Kunstschaffens“ hatte bald viel Zuschauer aus Biele und Hoff-
leben herbeigelockt, die mit Groß- und Kleinmännern und Frauen an-
belehrt wurden und schließlich auch den Bären und Affen so manche
Liebesgabe zumeneten. Die vollstänliche Organe jedoch hatten
weniger Gefallen an diesem woffentlich zweifelhafte Elemente,
sie bedauerte ihnen, daß sie schließlich das Wollschier Stadtfest
verlassen sollten, was denn auch in der Montagnacht erfolgt ist.
In einzelnen Trupps löste sich die Gesellschaft auf, um mit ihren
bedauerlichen Langbären und davon zu ziehen. Auffällig
nehmen die Gefesgeber bald einmal Gelegenheit, dieser Art
„Wanderzüge“ den Zufahrtstakt im Deutschen Reich unmöglich zu
machen, denn sie bilden eine Landplage, sind auch nicht mehr zeit-
gemäß.

— **Münze.** Durchlich kann man hier in unserer Ecke sehen, was
der Weltkrieg 1914-1918 für schwere Folgen jetzt noch, nach
nächsten 12 Jahren hinterläßt. In unserem 400 Einwohner zählenden
Orte können zu Ehren seiner Konfirmationen eingesetzt werden. So
lange man zurückdenken kann, ist das noch nicht vorgekommen.
— **Gelbes.** (Eisenzeitliche Funde.) Der Bankier Albert
Brauer fand auf seinem Hof im Birental ein branderisches
Dolchlein aus Schiefer, sowie einige gerollte Münzen von 2-4 cm
Länge in den verfallenen Farnen, welche ebenfalls als Münzen
sowie benutzt wurden. Sämtliche Funde, sowie 12 bis 16
16. Jahrhundert zurückgehende Münzen (alle in der Luft Gefallen
gefunden) wurden dem Spengler-Museum überlassen.

— **Landgraf.** Eine Schandtat von toben Unendlichen
vorige Woche hier vordrängte worden. Das Herrn Keller Hoffe ge-

Die Sozialausgaben im Reichshaushalt.

Berichtigung der Arbeitslosenversicherung.

— Berlin, 22. Januar.

Der Reichsarbeitsminister hat für den Etat des Reichsarbeitsministeriums sehr erheblich Mittel angefordert, die der Reichsfinanzminister nicht genehmigen zu können. Die Fragen, die bisher vertagt worden sind, drängen nunmehr zur Entscheidung, und es wird dabei auch die Lage der Arbeitslosenversicherung erneut geprüft werden müssen. Die Arbeitslosenversicherung tritt in das neue Haushaltsjahr am 1. April 1930 mit einer Schuldenlast von 645 Millionen Mark ein. Bei einer Ausnahme von einem Jahresbudgetüberschuss von 1,2 Milliarden Hauptertragsempfindern wird der Reichstag sich für das kommende Jahr auf 330 Millionen Mark belaufen. Demgemäß wird am Ende des Etatsjahres die Schuldenlast der Reichsanstalt nahezu eine Milliarde Mark betragen. Dazu kommen noch die Mittel für die Familienhilfe und für die produktive Erwerbslosenhilfe.

Angesichts dieser ersten Situation haben in politischen Kreisen bereits Erwägungen stattgefunden, die darauf hinarbeiten, die enge Verbindung zwischen Reichsfinanzen und Sozialversicherung zu beseitigen. Es ist u. a. vorgeschlagen, die einzelnen Versicherungsträger der Sozialversicherung auch finanziell miteinander in eine enge Verbindung zu bringen. Die Sozialversicherung konnte im Jahre 1928 ihr Vermögen von 26 Milliarden auf 3,4 Milliarden erhöhen, während die Reichsanstalt im vergangenen Jahre 400 Millionen an Zuschuß erforderte. Es wird deshalb erörtert, daß die übrigen Versicherungsträger den Zuschußbedarf der Reichsanstalt durch Darlehen decken. Die Reichsanstalt kann dann in günstigeren Jahren die Schuldentilgung vornehmen. Da der neue Reichsfinanzminister nach dem Gebiete des Versicherungswesens ist, kann damit gerechnet werden, daß in der nächsten Zeit das ganze Problem Gegenstand eingehender Erörterungen zwischen Reichsfinanzministerium und Reichsarbeitsministerium sein wird.

Die Unterjochung ausländischer Weine.

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Weingeseh in der Fassung vom 1. Dezember 1925 der Weingelddordnung ist die Unterjochung von ausländischen Weinen auf ihre Einfuhrfähigkeit hinsichtlich Nachahmungen oder besonders hierzu verpflichteten gewöhnlichen Weinumschlagern zu übertragen. Hinsichtlich der Unterjochung ist auch anderen Personen, die genügend Kenntnisse und Erfahrungen besitzen, übertragen werden.

Nach einem gemeinsamen Aushändeln des preussischen Ministers für Volkswohlfahrt, des Handelsministers, des Landwirtschaftsministers, des Ministers des Innern und des

Finanzministers erfolgt die Zurückweisung beantragter Nebenklagen nach Artikel 5, Absatz 5, der Ausführungsbestimmungen zum Weingeseh durch die Zollstellen. Als höhere Verwaltungsbehörden, die endgültig zu entscheiden haben, sind nach Uebergang der Zollverwaltung auf das Reich die Landesfinanzämter bestimmt worden.

Im Falle der Entscheidung durch das Landesfinanzamt sind zur Erläuterung von Übertragungen über die Einfuhrfähigkeit mit Ausnahme der Brennweine in Zukunft beizubringen für Preußen, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Oldenburg, Anhalt und Lippe: die Staatliche Weinumschlagerteilnehmerliste in Berlin; für die Hohenzollernschen Lande das Staatliche Weinumschlagerteilnehmerverzeichnis in Stuttgart.

Berufsbejahung — Berufsfreude.

Angestelltenjugend im Berufsleben Weltkampf. — Der Reichswirtschaftsminister übernimmt das Protektorat.

Man fragt oft über zu geringes Wissen der jungen Angestellten und Lehrlinge. Die Lehre genügt nicht mehr. Es sind Schulen und Kurse eingerichtet; doch der Erfolg befriedigt nicht, die Zahl der Entlassenen ist nicht ausreichend. Die im Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) zusammengefaßten Lehrlinge sind darum schon seit Jahren drauf und dran, ihr berufliches Können aus eigener Kraft immer mehr zu steigern. Davon zeugen die vielen sogenannten „Scheinfirmen“ und die mehrfach durchgeführten Berufswechselläufe. Am 26. d. M. vereinigen sie sich zum ersten Male in einem Reichsberufswechsellauf. Beinhaltende von Jungen und Mädchen werden in ganz Deutschland vormittags um 11 Uhr zum Wettstreit ausbrechen, um zu prüfen, was der einzelne kann; aber auch, um der Öffentlichkeit zu zeigen: Wir wollen in unserem Berufe vorwärts, wollen ganze Arbeit leisten!

Die führenden Männer der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Politik und nicht zuletzt der Presse befinden ihr Interesse, indem sie dem Reichsberufswechsellauf für diesen Berufswechsellauf beigetreten sind; der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hat das Reichsprotectorat für diese Veranstaltung übernommen. Es gibt auch Preise zu erlangen, u. a. wünnen ein Preisgeld „Graf Zeppelin“ und im Amtersprung.

Ihr alle aber, Mädchen und Jungen im ganzen deutschen Reich, die ihr im kaufmännischen Berufe steht und noch nicht zwanzig Jahre alt seid, seid gewarnt, mitzugehen! Deutsche Angestelltenjugend, tritt am 26. Januar geschlossen in die Schranken!

Wirtschaftlicher Wochenbericht

Mitteltendenz der Mittelberuflichen Konsumkraft, Magdeburg, durch die Stabteilpartei Nebra a. U.

Wie schon im letzten Bericht angedeutet, ist in der ersten Januarwoche eine erhebliche Entlastung der Reichsbank eingetreten.

Die gesamte Kapitalanlage für Bank hat sich nach dem Ausweis vom 7. Januar um 653,9 auf 2587,6 Mill. Mark verringert. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 45,39% auf 49,69%, die Deckung durch Gold und bedarfsfähige Devisen von 53,3 auf 58,4%. Die Besserung des Reichsbanknotens und die Wertschätzung auf die schwächeren Verhältnisse der deutschen Wirtschaft veranlassen die Reichsbank, die sich noch heute erheblichen Bedenken auszusetzen und den Reichsbanknotensystem mit Wirkung vom 14. Januar ab von 7 auf 6 1/2% zu ermäßigen.

Der Dezember hat, wie in einzelnen Vortragsberichten festgehalten wird, keine grundlegenden, sondern nur launhaftige Veränderungen in der Produktions- und Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit sich gebracht. Im allgemeinen wird gelangt, daß die infolge der steigenden Arbeitslosigkeit verringerte Konsumkraft zu einer merklichen Zurückhaltung des laufenden Absatzums geführt hat und daß infolgedessen die Umsätze im vergangenen Monat die Vorkriegsniveaus nicht erreichen konnten. Die mittlere Großhandelsindustrie ist im Monatsdurchschnitt Dezember 1929 gegenüber dem Vormonat um 0,9% gestiegen und auch in der ersten Januarwoche von 1930 auf 193,1% zurückgegangen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt 3,1 1/2 Millionen, hat also gegenüber der letzten Feststellung wiederum eine Steigerung erfahren. Auch in Mitteldeutschland hat sich nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes die Arbeitsmarktlage in den ersten Wochen des neuen Jahres weiter verschlechtert. Nach den bisherigen Angaben ist die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 31. 12. 29 bis 7. 1. 1930 um rund 14000 auf 26000 gestiegen. Im einzelnen wird hierzu ausgeführt, daß sich im Braunkohlenbergbau, in der Metall- und Bekleidungsindustrie die Lage weiter verschlechtert habe. Auch die Spinerei- und Webereibetriebe in Osnabrück und Weiden, sowie die Stammgarbinde in Gießen und Mühlhausen schritten weiter zu Entlassungen und Arbeitseinstellungen. Lediglich im Stahlbergbau und der Chemischen Industrie blieb die Beschäftigung im allgemeinen zufriedenstellend.

Ueber die Thüringer Industrie wird berichtet, daß sich s. Zt. fast alle Zweige der Wirtschaft in einem Stillstand befinden. Auch in der Bergbauindustrie, die für Thüringen einen außerordentlich wichtigen Wirtschaftszweig darstellt, ist der Geschäftsgang nach dem letzten Wochenbericht wieder rückgängig.

Nach den scharfen Kursrückgängen während der vorausgegangenen Wochen zeigte die Börse in der Berichtswoche bei freundlicher, kritischer Festerhaltung wieder eine größere Beschäftigung. Am Geldmarkt hielt auch nach der Diskontabsenkung die leichte Grundtendenz an, namentlich gilt gelegentlich dies in der Reichsbank fallenden Zinsterminis eine vorübergehende, geringfügige Wertsteigerung des Tagesgeldes bemerkbar mochte. Die Ausfichten für die weitere Entwicklung der Geldbeschaffung werden durchaus günstig beurteilt.

Bekanntmachung.
Eine **Gans** als zugelaufen gemeldet. Abzuholen bei Ploß, Nebra (Gröbenstraße).
Nebra, den 22. Januar 1930. Der Magistrat.

Volkshochschule Nebra.
Die Anmeldung der zu Ostern d. J. schulpflichtig werdenden Kinder findet
Sonntag, den 25. Januar
von 2—4 Uhr im Lehrerzimmer statt, und zwar 2—3 Uhr für Mädchen, 3—4 Uhr für Mädchen.
Schulpflichtig werden die Kinder, die bis zum 30. 6. 30 das sechste Lebensjahr vollenden. Für Kinder, die erst später sechs Jahre alt werden, ist ein besonderer schriftlicher Antrag einzureichen. Mitzubringen ist bei der Anmeldung der Zutrittschein, für auswärtig geborene Kinder auch der Taufschein.
Der Rektor.

Obst- u. Gartenbau-Berein Nebra u. Umg.
Am **Sonntag, den 26. Januar 1930, nachm. 3 Uhr** findet im Gasthaus „Zum weißen Roß“ in Nebra eine **Generalversammlung** statt mit folgender Tagesordnung:
1. Rechnungslegung
2. Vorstandswahl
3. Delegiertenbericht
4. Beschließendes.
Die Herren Mitglieder werden höflichst um pünktliches Erscheinen gebeten.
Der Vorstand.

Schützenhaus
Zu dem am **Sonntag, den 25. Januar** stattfindenden
Schlachtfest
vormittags 10 Uhr **Wellfleischessen**,
abends 8 Uhr **Wurst-Schmaus** bei guter
Unterhaltungsmusik
haben freundlichst ein **A. Sanda und Frau.**

Arbeiter-Turn- und Sportverein „Frei Heil“ NEBRA.
Sonntag, den 26. Januar cr.
im
„Preussisch. Hof“
Groß-Maskenball
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Es haben freundlichst ein **D. V.**

Vömling
Eine der
wichtigsten
bedeutendsten
Anzeigenblätter
in Leipzig
Verkaufsstelle: Leipzig
Preis 20000
Kontakt: 20000

Das erfolgreiche Anzeigenblatt
Probenummern kostenlos durch die Hauptgeschäftsstelle Leipzig, Peterssteinweg 19

Radfahrer-Bereinigung Nebra u. Umg.
Zu unserem am **Sonntag, d. 26. Januar**
ab 8 Uhr abends im
Schützenhaus
stattfindenden

Ball (Bunter Abend)
haben wir Freunde und Gönner unseres Vereines
herzlichst ein. **Der Vorstand.**

Umsatzsteuer-Formulare
sind zu haben bei
Wilh. Sauer, Rossleben.

Viele Tausend neue Kaffee-Säcke
aus starkem Handwebstoff, weiß mit rotem Rand, ganz billig, ungeteilt und ohne jeden Aufdruck. Jeder Kaffee-Sack enthält zwei gute brauchbare **Handtücher.**
Preis per Sack 68 Pfg. (1 Sack = 2 Handtücher).
Direkt an Heine ohne jeden vertretbaren Zwischenhandel. Lieferung von 30 Stück an per Nachnahme franco. Geld zurück bei Nichtgefallen.
Clemens Heile, Bremen
Friedrichstra. 28.
Lieferung nicht unter 10 Stücken.
Bubikopf

Kaiser's Brust-Garamellen
mit den 3 Tannen
zu haben bei: Adler-Drogerie W. Gutschmidt, Nebra; Ang. Dellwig, Nebra

Drucksachen
alter Art
in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigst die
Buchdruckerei W. Sauer Rossleben

Die Grüne Post
sowie alle anderen Zeitschriften
liefert, auf Wunsch frei ins Haus
Buchhandlung Walter Scharf

Mittwoch früh verstarb nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Grossvater und Onkel, der **Bäckermeister Otto Scheffel** im Alter von 77 Jahren.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Marie Scheffel, geb. Hissbach.
Die Beerdigung findet am Sonntag nachm. 3 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 9 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Weltenteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Strudtagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Andern.

Nr 10

Donnerstag, den 23. Januar 1930

43. Jahrgang

Der letzte Tag im Haag.

Einmündige Annahme des Schlußprotokolls.

V Haag, 21. Januar.

Der Ausschuss für die deutsche Reparationsfrage, in dem 13 Mächte vertreten sind, hat nochmals eine kurze Sitzung abgehalten, in der das jetzt endgültig abgeschlossene Gesamtabkommen der Haager Abmachungen mit den Anlagen einmündig genehmigt wurde.

In der Sitzung machten jedoch die Vertreter der Tschechoslowakei und Portugal's von neuem ihre bereits von deutscher Seite mehrfach abgelehnten Forderungen geltend. Der tschechoslowakische Außenminister Szevcs verlangte niederkommen, daß Deutschland auf alle seine Forderungen aus der Liquidation privaten deutschen Eigentums in der Tschechoslowakei verzichten solle. Dr. Curtius lehnte diese Forderung in einer kurzen Erklärung ab. Ferner verlangte der Vertreter Portugal's eine Sonderbefreiung an der deutschen Reparationszahlung über die bereits bestehenden Abmachungen hinaus. Auch diese Forderung wurde von deutscher Seite abgelehnt.

Der Vertreter Italiens, Birelli, erklärte, daß die italienische Regierung das Schlußprotokoll gleichfalls unterzeichnen werde. Die Sitzung wurde jedoch mit der einmündigen Annahme des Haager Schlußprotokolls geschlossen.

Die Regelung der ungarischen Schuld.

Die endlich zustande gekommene Regelung der ungarischen Tributabzahlungen ist u. a. jetzt, daß Ungarn keine uneingeschränkte Zahlungsfrist zurückbehält. Ferner soll Ungarn bis zum Jahre 1943 zehn Millionen Goldtrönen jährlich und von 1943 bis 1968 13 1/2 Millionen Goldtrönen jährlich zahlen. Der Gesamtanzwieswert, der von 1943 bis 1968 zu zahlenden Beträge in Höhe von 87 Millionen Goldtrönen wird von der RZK sofort gutgeschrieben und für Entschädigungsabzahlungen verwendet.

Weiter werden zwei Fonds geschaffen: a) im Betrage von 240 Millionen Goldtrönen für die Entschädigung der Enteignungen aus den Agrarvermögen der Kleinen Entente-länder, b) ein Fonds von 100 Millionen Goldtrönen für die gesamten übrigen ungarischen Zahlungen. Beide Fonds werden ausschließlich von den Gläubigermächten aufgebracht. Die von den Kleinen Entente bisher betrittene Zuständigkeit über im Trianon-Vertrag geschaffenen genantigten Schiedsgerichtshöfe wird voll anerkannt.

In der österreichischen Reparationsfrage ist eine Einigung in der Weise erzielt worden, daß Österreich nach dem Jahre 1943 als Erhöhung seiner Zahlungen eine jährliche Zahlung von etwa 500 000 Goldtrönen oder insgesamt 23 Millionen Goldtrönen zu leisten hat. Dagegen erhält Österreich die Aufhebung des Pfandrechts, so daß seine Kreditfähigkeit wiederhergestellt wird und der Weg zu der lang ersehnten Inflationsoptione offen ist.

In der bulgarischen Frage sind noch Schwierigkeiten wegen des konzentrierten Eigentums in der Dobrußa mit Rumänien zu beseitigen.

Schlußakt im Haag.

Curtius unterzeichnet zuerst.

V Haag, 21. Januar.

Die öffentliche Schlußfeier der zweiten Haager Konferenz hat gestern abend um 5.30 Uhr begonnen.

Kurz vor 5.30 Uhr füllte sich der große Saal des niederländischen Kongresspalastes. Die Abordnungen nahmen, wie in der ersten Sitzung, an dem vierseitigen, mit grünem Tuch ausgelegten Tisch Platz. An den Enden der Vertreter der Mächte saßen jedoch viele bekannte Persönlichkeiten, Lardies und Briand sind bereits abgereist.

Die deutsche Abordnung ist vollständig anwesend. Die Diplomatenlogen und die Pressevertreter sind wie bei der ersten Vollziehung bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Schlußfeier gipfelt in erster Linie der Unterzeichnung des gesamten Haager Vertragswerkes und der zahllosen Einzelabkommen, die die Gläubigermächte unter sich sowie die Gläubigermächte mit den Schuldnerstaaten abgeschlossen haben.

Das gesamte Vertragswerk umfaßt 119 Seiten. Es wird erst in einigen Tagen in der amtlichen deutschen Fassung in Berlin veröffentlicht werden. Präsident Zassara hat in der Mitte des Tisches Platz genommen. Zu seiner Rechten sitzen der belgische Außenminister Hymans, dann Cheron und Stomden, auf der linken Seite die deutsche Abordnung mit den vier Reichsministern. Präsident Zassara eröffnet die Sitzung mit der Verlesung des Schlußaktes der zweiten Haager Konferenz, in dem die einzelnen Abkommen der Reihe nach aufgeführt werden und eine geschichtliche Übersicht über das Zustandekommen des Haager Werkes gegeben wird. Darauf fordert der Präsident die Delegierten auf, das Abkommen zu unterzeichnen.

Finanzlage und neuer Plan.

Das Defizit im laufenden Etatjahr.

— Berlin, 22. Januar.

Nach der Rückkehr des Reichsfinanzministers Wolffenhauer aus dem Haag werden die Maßnahmen zur Aufstel-

lung des Nachtragsplans für 1929 und des Etats für das Jahr 1930 mit größter Beschleunigung weitergeführt. Ein einmal aufgelauchter Plan, vorerst einen Notetat vom Reichstag genehmigen zu lassen, wird nicht durchgeführt werden, sondern im Interesse einer finanziellen Klarheit legt der Reichsfinanzminister auf die Vorlage eines wahrheitsgetreuen Nachtragsplans für 1929 und eines Etats für 1930 den größten Wert.

Nach dem Abschluß der Haager Konferenz wird sich namentlich auch ergeben lassen, welche Ersparnisse der neue Plan den Reichsfinanzen bis zum April 1930 bringt. Diese Ersparnisse waren in einem früheren Zeitraum auf 464,4 Millionen Mark ohne die Anleiherückstellungen beschränkt worden. Es wird namentlich zu erwarten sein, wie die Ersparnisse und wie die Bestimmungen des neuen Gesetzes über der Sitzungsbände des Reichshaushalts eingeleitet werden. Reichsfinanzminister Wolffenhauer wird in Verbindung mit diesen Arbeiten vor allem aber an die Konfliktüberwindung der schwebenden Schuld gehen.

Die Ueberwindung des Märschismus wird die Reichsfinanzen zwar einer schwierigen Aufgabe stellen, wenn man bedenkt, daß der Märschismus Ende Dezember eher über als unter 700 Millionen Mark gelegen hat. Da sich auch im Hinblick auf die Schwendensuche keine Schwierigkeiten mehr ergeben haben, so wird in untrüben Kreisen angenommen, daß es gelingen wird, den Märschismus für Ende März kurzfristig zu überbrücken.

Die Berechnungen der nächsten Wochen werden aber vor allem das Ziel haben müssen, das Defizit für das laufende Haushaltsjahr einwandfrei festzustellen. Im Augenblick läßt sich dieses Defizit noch nicht völlig überschauen. An Mindereinnahmen sind rund 200 Millionen genannt worden. Die ordentlichen Mehrausgaben wurden in Höhe von 250 Millionen genannt. Die außerordentlichen Mehrausgaben, vor allem die Ausgaben für die Reichsleiterversicherung, wurden auf 220 Millionen Mark beziffert. Diese Rechnung wird von anderer Seite als optimistisch bezeichnet, und es wird ein Nettobetrag von 500 Millionen Mark für 1929 genannt.

Die Schwierigkeiten für die Staatsaufstellung im Jahre 1930/31 liegen aus dem, weil mit den Einnahmen von 1929/30 nicht ohne weiteres gerechnet werden kann. Im kommenden Rechnungsjahr werden zweifellos Zureicherhaltungen der Einnahmen- und Körperschaftsteuer erfolgen müssen. Das allein zeigt die schwierige Situation und die Größe der Aufgabe, die der neue Reichsfinanzminister jetzt nach seiner Rückkehr aus dem Haag zu überwinden haben wird.

Eine geharnischte Rede Dr. Helld's.

— Regensburg, 21. Januar.

In einer Verammlung der Bayerischen Volkspartei nahm der bayerische Ministerpräsident Dr. Helld u. a. zu den Haager Verhandlungen Stellung. Er billigte den bayerischen Unterhändlern zu, daß sie alles getan hätten, was möglich gewesen sei.

Unverständlich ist es aber, daß man nicht versucht habe, mit Dr. Schaaf eine Verständigung herbeizuführen. Der Sanktionsgedanke sei mit dem Youngplan unvereinbar. Es erscheine unmöglich, daß Deutschland erst Jahre nach dem Friedensschluß eine solche Bekümmung annehmen könne. Verantwortlich sei auch die Mobilisierung unserer Schuldverpflichtungen durch die Alliierten. Am Morgenbild könne man die Lage allerdings noch nicht völlig überschauen, so daß man zunächst mit einem Entzweit zurückhalten müsse. Es bestünde aber zweifellos die allergrößte Bedenken gegen den Youngplan, wie er jetzt aus dem Haag zurückgebracht werde. Die Zahlungsverhältnisse seien nach dem Urteil von Sachverständigen nicht aufzubringen. Dazu kämen noch die neuen Verpflichtungen. Es bestünde die Gefahr, daß in einem deutschen Revisionserlangen die Mächte der „Verrechnung“ des Vertrages erkläre und neue Sanktionen verhängt werden könnten. Allerdings müsse man sich immer wieder fragen: Was dann, wenn der Youngplan nicht angenommen werde, nachdem doch schließlich, daß der Dawesplan nicht mehr erträglich sei?

Auch die Befürworter des Volksgesetzes hätten darauf keine Antwort gehabt. Der Redner wendete sich dann gegen die Gerüchte von einer bevorstehenden Inflation. Diese Behauptungen könnten nicht scharf genug zurückgewiesen werden, denn unsere Währung sei und bleibe gesichert, wenn das deutsche Volk sich nicht selbst aufgäbe.

... und was die deutsche Delegation dazu sagt.

Die Regensburger Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Helld ist an maßgebenden Stellen der deutschen Abordnung mit großem Beifall aufgenommen worden. Man erklärt, es ist unverständlich, aus welchem Grunde der bayerische Ministerpräsident sich veranlaßt gesehen habe, vor der Rückkehr der deutschen Abordnung und vor Veröffentlichung des gesamten amtlichen Materials über die Ergebnisse der Haager Konferenz seine Stellungnahme vorweg zu veröffentlichen. Es wird weiter hervorgehoben, daß eine solche Stellungnahme nur den Eindruck unpolitischer Zerrennung Deutschlands hervorzubringen könnte. Die Rede wird besonders beachtet, weil sie von dem Exponenten der Politik des neutralen Staates im Deutschen Reich gehalten worden ist, was naturgemäß das Aufsehen noch erhöhen muß.

Die Welt blickt nach London.

Die Ansprüche des Königs. — Die Rede der Hauptvertreter.

— London, 22. Januar.

In der königlichen Galerie des englischen Oberhauses, dem hier dem Sitzungssaal des Oberhauses gelegenen größten Raum, der in den beiden Häusern des englischen Parlaments enthalten ist, wurde die Flottenabklärungs-konferenz durch eine Ansprache des englischen Königs feierlich eröffnet. In dieser seiner ersten öffentlichen Ansprache, die über alle Sender der Welt verbreitet wurde, sagte König Georg V. etwa folgendes:

Es hat mich die Vertreter der in London zusammengetretenen fünf Hauptmächte, die von dem Wunsch befehle seien, eine Einigung über die Flottenabklärung herbeizuführen. Jedes Land hat stolz auf seine Flotte, und jedes Land hat in dieser Hinsicht seine Tradition. Es liegt weder an dieser Tradition noch an den Flotten selbst, daß der Wettbewerb im Flottenbau bisher nicht angehalten worden ist. Allgemeine Unfriedeheit ist hierdurch in der ganzen Welt entstanden. Seit Beginn des Weltkrieges seien nun die Länder zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts unversucht bleiben dürfe, um eine Wiederholung eines so unheilvollen Ereignisses, wie es der Weltkrieg gewesen ist, zu verhindern. Eine der bedeutendsten Aufgaben bei diesen Bestrebungen ist die Beherrschung der Flottenmärkte. Die Verminderung der Flottenrüstungen ist allerdings mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Washington-Konferenz habe hinsichtlich der Schladtschiffe gewisse Erfolge gehabt. Nun aber ist man übereingekommen, in schiffbarer Weise eine Gesamtabklärung herbeizuführen. Am Interesse des Fortschrittes der Zivilisation müßten alle Hindernisse ein für allemal beseitigt werden. Alle Länder hätten verheißene Bedürfnisse. Die jetzt in London eröffnete Flottenkonferenz ist nicht eine Sache, die nur die auf der Konferenz vertretenen Länder angehe, sondern eine Sache, an der die ganze Menschheit ein berechtigtes Interesse habe. Die Welt müsse von den schweren Lasten der Rüstungen befreit werden.

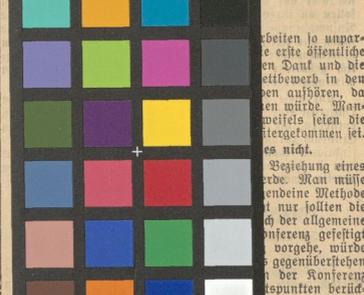
Der König schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung und Zuversicht, daß die Konferenz zu einem großartigen Erlolge bzw. zur allgemeinen Abklärung führen werde. Hierauf sprach

Der französische Ministerpräsident Lardieu

der darauf hinwies, daß angeht der immer noch die Welt bedrohenden Kriegsgefahren alle Völker entschlossen seien, eine Wiederholung der letzten großen Tragödie zu verhindern. Bei den bevorstehenden Flotten müßte man sich nicht von Sonderinteressen leiten lassen, obwohl den nationalen Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse.

Der amerikanische Staatssekretär Stimson

erschloß sich hierzu, um den englischen Ministerpräsidenten MacDonald für den Vorschlag des Fortschrittes der Konferenz die Galtzreden zu stellen. Ministerpräsident des Danes sprach diesem Wort die Wahl zum



arbeiten in unpar-
teite öffentliche
den Dank und die
ettbewerb in den
den äußeren, da
den würde. Man
weilens seien die
hergekommen sei
es nicht.
Beziehung eines
erde. Man müsse
endeine Methode
vor sollten die
der allgemeine
konferenz möglichst
vorgehe, würde
gegenüberstehen
der Konferenz
aspeunten berück-

te der vertrie-
den Schiffs-
jede Waffen-
gattung in gewisser Beziehung zur anderen Waffen-
gattung.

Staatssekretär Stimson

begrüßte zunächst den in den Korreden zum Ausdruck gekommenen Idealismus. Das, was auf der jetzigen Konferenz beschlossen würde, sei unter keinen Umständen als endgültiges Ergebnis anzusehen. Amerika ist in der Hauptsache an der Abrüstung der Flotten interessiert, es verneine jedoch nicht, daß von der Abrüstung der Flotten auch die Abrüstung der Land- und Luftstreitkräfte abhängt. Die